

Schriftliche Anfrage

betreffend **Ablehnung des Volksschulgesetzes im Jahre 2002 – Bilanz der Auswirkungen auf die Stadt Winterthur**

eingereicht von: Nicolas Galladé (SP) und Beat Gruber (SP)

am: 24. Januar 2005

Geschäftsnummer: 2005/003

Text und Begründung

Am 23. November 2002 lehnte die Stimmbevölkerung des Kantons Zürich das Volksschulgesetz mit einem Nein-Stimmenanteil von 52,2 % ab. Auch die Stimmbevölkerung der Stadt Winterthur lehnte dieses Gesetz mit 53,6 % ab. Das Volksschulgesetz sah neben diversen Reformen auch die kantonale Regelung zahlreicher Projekte im Schulbereich vor, welche auch die Kosten von den Gemeinden auf den Kanton verlagert hätte. Aus diesem Grund argumentierte die Befürworterseite vor der Gefahr einer "Zweiklassen-Gesellschaft" im Bildungswesen in jene Gemeinden, welche sich Reformen leisten können, und jene, welche es sich nicht leisten können. Gut zwei Jahre nach der Abstimmung ist es gerade für die Stadt Winterthur als finanzschwache Gemeinde Zeit, eine Bilanz zu ziehen. Es stellen sich in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Wie schätzt der Stadtrat die Gefahr einer "Zweiklassen-Gesellschaft" im Bildungswesen zwischen finanzstarken und finanzschwachen Gemeinden ein?
2. Gibt es Projekte und Schulreformen, die im Volksschulgesetz vorgesehen waren und aus finanziellen Gründen in der Stadt Winterthur nicht oder nur teilweise eingeführt werden konnten?
3. Welche Projekte und Schulreformen, die bei einer Annahme im Volksschulgesetz kantonalisiert worden wären, wurden in Winterthur dennoch eingeführt und welches sind die daraus resultierenden finanziellen Konsequenzen für die Stadt Winterthur?
4. Hatte die damalige Ablehnung des Volksschulgesetzes Konsequenzen auf Seiten des Personals (LehrerInnen/Verwaltung) dh. wurde Personal entlassen resp. in andere Bereiche versetzt?
5. Hatte die Ablehnung auch positive Aspekte dh. hat es Bereiche bei welcher die Stadt bei der damaligen Einführung, personell wie auch organisatorisch überfordert gewesen wäre, und jetzt nach 2 -3 Jahren besser vorbereitet auf die Reformen reagieren kann?